



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnement 50 Pf., außer halb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Anfertigungsgebühr für den Raum einer sechsteiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postanstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 18. Morgen-Ausgabe.

Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 12. Januar 1877.

Die Breslauer Wahlergebnisse.

Das officielle Wahlergebnis wird zwar erst nächsten Sonntag veröffentlicht, aber an den Resultaten, wie sie gestern Abend noch von den verschiedenen Parteien aufgestellt worden sind, wird es nicht viel ändern. Anlaß zum Triumphiren hat nur die socialdemokratische Partei; sie hat in beiden Bezirken die relative Majorität erreicht, in beiden Bezirken über 4000 Stimmen; sie gebietet in Breslau über 8700 Stimmen. Das ist ein Resultat, auf welches sie mit Recht stolz sein kann, denn sie hat seit den letzten Reichstagswahlen über die Hälfte an Stimmen zugenommen.

Von den beiden liberalen Parteien kann sich keine den Sieg zuschreiben; die Fortschrittspartei trug im Westbezirk, die nationalliberale im Ostbezirk die verhältnismäßige Mehrzahl der Stimmen davon; in beiden Bezirken kommt es zur engeren Wahl mit den Socialdemokraten, dort mit der Fortschrittspartei, hier mit den Nationalliberalen. Wir glauben, beide liberale Parteien sind von den Resultaten überrascht; man hatte die Socialdemokraten, die nicht nur an Zahl, sondern auch in der Einigkeit, Energie und Aufopferungsfähigkeit die andern Parteien übertreffen, einfach unterschätzt. Hätten Fortschrittspartei und Nationalliberale, wie es vor dem Abschluß des Reichstags-Compromisses bestimmt war, zusammengehalten, so hätten sie im Ostbezirk 7600, im Westbezirk 7800 Stimmen, hätten also gleich in der ersten Wahl die absolute Majorität über alle übrigen Parteien.

Die beiden liberalen Parteien könnten, wenn sie sonst wollten, sich eine sehr gute Lehre aus diesen Resultaten ziehen; dem allgemeinen Stimmrecht gegenüber haben sie getrennt keine die Majorität; vereinigt ist ihnen die Wahl gesichert. Denn man braucht für Breslau noch immer keine Besorgniß zu haben; das Resultat liefert den sichersten Beweis, daß Breslau immer noch eine liberale Stadt ist, die sich noch nicht den Socialdemokraten zu überliefern braucht, es müßten denn, wie in einer Versammlung ein socialdemokratischer Redner sich ausdrückte, die liberalen Parteien sich so lange hin und her zanken, bis die Socialdemokraten die Majorität erhalten. Der Mann kann Recht haben, wenn er hat Recht, wenn im Ostbezirk die ca. 3700 Stimmen, welche Stein erhalten, nicht auf Lasker, und im Westbezirk die ca. 3800 Stimmen, welche Bennigsen erhalten, nicht auf Hänel übergehen. Wenn das nicht geschieht, so erklären die beiden liberalen Parteien sich übereinstimmend dahin, daß sie wollen, daß die Stadt Breslau, welche sich im J. 1866 offen und entschieden für die neue Politik in der deutschen Frage erklärte, fortan im Deutschen Reichstage durch zwei Socialdemokraten vertreten werde, die Stadt, welche bisher durch Männer wie Max Simon, Ziegler und v. Kirchmann vertreten war. Ein Drittes giebt es nicht; wir registriren einfach die Thatsachen und unterlassen jede Mahnung, denn sie liegt in den Thatsachen selbst.

Wir haben noch nicht der ultramontanen Partei gedacht, sie zählt in beiden Bezirken nur 3100 Stimmen. Wäre die Rechnung des ultramontanen Blattes richtig, daß nämlich alle Katholiken auch ultramontan seien, so müßte die Partei nach statistischer Berechnung mindestens 12,000 Wähler zählen; das Resultat des gestrigen Tages beweist, daß die bei weitem größte Zahl der Katholiken liberal wählt, was wir immer behauptet haben. In den Wahlen zum Abgeordneten-Hause trat dasselbe Resultat noch deutlicher zu Tage.

Es spricht sich die Besorgniß aus, daß die Ultramontanen sich in der engeren Wahl mit den Socialdemokraten vereinigen könnten. Unmöglich ist die Sache nicht, denn in der Negative stehen beide Parteien auf demselben Standpunkte, mögen sie in ihren positiven Grundanschauungen noch so weit auseinandergehen; vorläufig und für die nächste Reichstagsperiode kommt es für beide ja nur auf das Negative an. Aber auch in diesem immerhin unwahrscheinlichen Falle würden die Socialdemokraten noch nicht die absolute Majorität erhalten, vorausgesetzt daß die beiden liberalen Parteien eng und fest zusammenhalten. Wir sagten vor einigen Tagen, daß die eiserne Nothwendigkeit sie wieder zusammenführen würde; wir haben allerdings nicht geglaubt, daß dieser Fall so schnell eintreten würde.

Die engere Wahl wird etwa acht Tage nach der offiziellen Veröffentlichung des Wahlergebnisses stattfinden; schnelle Entschlüsse thun noth.

Ausblick auf die nächste Landtagsession.

Heute, am 12. Januar, wird der Landtag der preussischen Monarchie zur ersten Session seiner 13. Legislaturperiode eröffnet. Das Abgeordnetenhaus, welches am 27. Octbr. v. J. für drei Jahre neu gewählt wurde, weist in seiner Zusammensetzung der Parteistärke nach nur geringfügige Abweichungen gegen das vorige Haus auf. Die liberalen Parteien haben einen kleinen Zuwachs erfahren, der sich in seiner letzten Uebertragung auf einen Verlust der polnischen Fraction zurückführt. Das ultramontane Centrum und die verschiedenen conservativen Parteien treten genau in ihrer früheren Stärke wieder auf. Nach den Vorgängen der letzten Wochen ist vorläufig von einer Neugruppierung innerhalb der liberalen Parteien keine Rede. Es bedarf keiner weiteren Begründung, daß die beiden liberalen Fractionen für sich die große Mehrheit des Hauses darstellen, in dem sie zusammen über 250 Mitglieder zählen. Damit ist ausgesprochen, daß auch während der 13. Legislaturperiode die preussische Landesgesetzgebung gegen jede rückläufige Bewegung gesichert ist, während es andererseits von der Verständigung zwischen der Regierung und der liberalen Partei abhängen wird, welche Fortschritte die Gesetzgebung Preußens zu machen in der Lage ist.

Eine nüchternere Betrachtung läßt keinen Zweifel darüber, daß ein noch so entschiedenes Votum der liberalen Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses unsere Gesetzgebung um keinen Schritt zu fördern vermag, wenn nicht die Regierung ihren Einfluß auf das Herrenhaus in Bewegung setzt, damit diese an sich wesentlich conservative Körperchaft jenen Schritt nach vorwärts mitmache. Wir sind dessen gewiß am allerwenigsten zufrieden; wir halten es aber für zweckmäßig, die Augen vor Thatsachen, auch wenn dieselben für uns Steine des Anstoßes sind, nicht zu verschließen, damit wir nicht im eifrigsten Streiten für unsre Forderungen darüber stolpern. So lange die inneren Verhältnisse Preußens derartig liegen, daß das Herrenhaus gegen eine seine Tendenz von Grund aus verändernde Umgestaltung gesichert ist und selbst die homöopathische Kur des Paritätshubs durch eine rechtzeitige Nachgiebigkeit gegen besonders dringende Forderungen der Regierung von sich abzuhalten vermag — so lange wird die preussische

Landesgesetzgebung auch ihren bisherigen zweifelhaften Charakter tragen, und sie nur einen durch feste Rücksichten auf die Interessen und Vortheile der früher herrschenden Gesellschaftsklassen gehemmten und getrübbten Fortschritt darstellen.

Die liberale Partei kann darin nichts ändern, wenn sie nicht etwa sich auf den Standpunkt der Verneinung zurückzieht, das heißt den Reformgesetzen, welche die Regierung vorlegt, durch die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses eine für die Regierung und das Herrenhaus unannehmbarere Gestalt giebt und dieselben, wenn sie, von letzterem zurückamendirt, einer abermaligen Beschlusfassung des Abgeordnetenhauses unterliegen, an der Aufrechterhaltung des Dissensus scheitern läßt. Wir wären dann, ohne daß irgend ein Conflict vorliegt, thatsächlich genau wieder bei einem Stillstande der Gesetzgebung angelangt, welchen die Confrontation mit sich führt.

Die liberale Partei wird in der ersten Session der neuen Legislaturperiode Zeit haben, in ihren Fraktionsversammlungen sich über die leitenden Maximen zu verständigen, ohne daß sie zunächst zu einer praktischen Geltendmachung derselben Anlaß hat. Die Vorlagen der ersten Session, die auf die knappte Zeitdauer beschränkt und möglichst noch vor der zum 20. Februar beabsichtigten Eröffnung der Reichstagsession geschlossen werden soll, werden zu principiellen Debatten keine Gelegenheit geben, da neben dem Staatshaushaltsetat für das Jahr 1877—78 kein Gegenstand von einiger Bedeutung den Landtag beschäftigen wird. Es ist dieses in Anbetracht der erregten Stimmung zwischen den beiden liberalen Fractionen, welche der Kampf bei den Reichstagswahlen erzeugt hat und die noch längere Zeit darüber hinaus anhalten wird, ganz erwünscht. Würde das Abgeordnetenhaus sofort mit wichtigen Vorlagen sich zu beschäftigen haben, so wäre es ganz unvermeidlich, daß die Gegensätze innerhalb der liberalen Partei zu einer an sich vielleicht gar nicht gewollten Bethätigung bei den Abstimmungen gelangten, daß z. B. durch irgend welche Aeußerungen in der Debatte provocirt, die nationalliberale Fraction, anstatt mit der Fortschrittspartei zusammenzugehen, zu einer Coalition mit der conservativen Fraction die Hand reichte. Es ist daher besser, daß der heute noch tosende Streit bei den Budgetdebatten in sachlich unschädlicher Weise sich auslebt, anstatt daß unter seiner Wucht einem Gesetze von dauernder Bedeutung eine unerwünschte Gestalt aufgeprägt wird.

Inzwischen werden, was freilich unsere geringste Sorge ist, auch die verschiedenen conservativen Richtungen, unter denen zum ersten Male die deutsch-conservative erscheint, sich in parlamentarischen Fractionen organisirt haben und es wird sich dann zeigen, ob es außer den mit der Regierung gehenden Conservativen noch eine gelegentlich den Ultramontanen die Hand drückende feudale Fronde giebt, welche die äußerste Rechte einnimmt. Die erste Session der neuen Legislaturperiode wird wesentlich einer vorbereitenden Charakter an sich tragen. Hoffentlich wird dann, wenn der Landtag im Laufe der zweiten ordentlichen Session dieses Jahres zusammentritt, um den Staatshaushaltsetat für das Jahr 1878—79 zu beraten, wieder der Frieden im Schooße der liberalen Partei eingeleitet sein und zwischen ihren beiden Fractionen, indem jede ihre eigenthümliche Richtung verfolgt, wieder diejenige gegenseitige Achtung walten, ohne welche ein gedeihliches Zusammenwirken von Männern verschiedener Ansichten im politischen Leben nicht möglich ist.

Breslau, 11. Januar.

Die Berliner Wahlen scheinen eben so überraschende Resultate zu liefern, wie die Breslauer. Die im Mittagblatte mitgetheilte Depesche ist zwar noch sehr lidenhaft, jedoch ist aus ihr zu ersehen, daß auch in Berlin die Socialdemokratie festen Fuß gefaßt hat. Nach der „Voss. Ztg.“ war die Theilnahme an der Wahl eine ungefahr doppelt so starke, wie vor drei Jahren. Nach den bisherigen Mittheilungen aus einzelnen Wahlbezirken haben durchschnittlich etwa 50 bis 60 Procent der Berechtigten ihre Stimme abgegeben. Die Socialdemokraten traten in vortrefflicher Organisation auf den Kampfplatz; im sechsten und vielleicht auch im vierten Wahlkreise machen ihre Anstrengungen eine Stichwahl nothwendig. Alle nationalliberalen und conservativen Elemente vereinigen sich auf den Namen Jordanbed; so kommt es, daß der Ober-Bürgermeister von Breslau im ersten Berliner Bezirk voraussichtlich mit dem fortschrittlichen Candidaten in die engere Wahl kommt. Im zweiten, dritten und fünften Bezirk hält man die Wahl von Klotz, Herz und Dunder für gesichert.

Einem genaueren Berichte des „B. B.-Cour.“ entnehmen wir Folgendes: In dem ersten Wahlkreise hat nach bisheriger Feststellung der nationalliberale Candidat Oberbürgermeister v. Jordanbed 3064, Dr. Max Hirsch, der Candidat der Fortschrittspartei, 2772, der Socialdemokrat Most 1172 Stimmen erhalten, so daß zwischen Jordanbed und Dr. Max Hirsch aller Wahrscheinlichkeit nach eine engere Wahl stattfinden muß. Ueber den wahrcheinlichen Ausgang einer solchen gestatteten die abgegebenen Stimmen, welche sich zerplittert haben, kein Urtheil.

Im zweiten Wahlkreise hat der Candidat der Fortschrittspartei, Kreisgerichtsrath Klotz, 5135, der Socialdemokrat Schriftfeger Baumann circa 4500, Jordanbed 4241 Stimmen erhalten, so daß wahrscheinlich auch hier zu einer engeren Wahl zwischen dem Candidaten der Fortschrittspartei und dem der Socialdemokraten wird geschritten werden müssen.

Im dritten Wahlkreise wird ebenfalls eine Nachwahl zwischen dem socialdemokratischen und fortschrittlichen Candidaten, Bezirksgerichtsrath Herz, nothwendig werden, da Kadow, der Socialist, circa 5000, Herz circa 5113 Stimmen erhalten hat und sich ferner circa 3000 Stimmen zerplittert haben.

Im vierten Wahlkreise siegte der Socialdemokrat Cigarrenarbeiter Frißche, der circa 11,000 Stimmen erhielt, gegen den Gerichtsrath Eberty, den Candidaten der Fortschrittspartei, der ca. 2000 Stimmen erhalten hatte.

Im fünften Wahlkreise siegte Franz Dunder mit großer Majorität. Das größte Interesse hatte von vornherein der sechste Wahlbezirk erregt, wo die eigentliche Arbeiterbevölkerung ihren Sitz hat. Dort wurden insgesammt 19,122 Stimmen abgegeben, von denen der Schriftsteller Wilhelm Hasenclever, der Führer der Socialdemokraten, 9597 Stimmen, mithin mehr als die absolute Majorität, erhalten hat. 6856 Stimmen fielen auf den Advocaten Banks, 2100 auf den Commerzienrath Vorig, 344 auf den Tischlermeister Brandes, 96 auf Herrn v. Schorlemer-Alst und drei zerplitterten sich. Hasenclever ist somit mit einer Majorität von 35 Stimmen gewählt worden.

Ueber den Gesundheitszustand der russischen Armee wird der „Pol. Corr.“ aus St. Petersburg telegraphirt:

„Am die andauernd in der ausländischen Presse über den angeblich so ungünstigen Gesundheitszustand bei der activen Süd-Armee verbreiteten Angaben auf ihren richtigen Werth zurückzuführen, sei nach officiellen

Ziffern constatirt, daß laut Rapporten, die bis zum heutigen Tage hier eingelangt sind, die Gesamtzahl der Kranken bei der Süd-Armee 1451 beträgt, was 0,75 Procent der Gesamtstärke gleichkommt. Epidemische Krankheiten sind gar nicht vorhanden und ist das Krankenprocent bei den einzelnen Divisionen durchschnittlich unter Eins.“

Das rumänische Blatt „Romanul“ bringt einige interessante Details über den Anfang des Conflicts zwischen Rumänien und der Pforte. Das genannte Blatt schreibt:

„Sobald die rumänische Regierung Kenntniß von dem Text der türkischen Verfassung erhalten hatte, war sie nicht wenig erstaunt, in demselben Rumänien als eine privilegierte Provinz behandelt zu sehen; sie nahm sich jedoch vor, die Gebote der Klugheit nicht außer Acht zu lassen und den Geist der Mäßigung zu bewahren. Sie telegraphirte deshalb an ihren Agenten in Konstantinopel, daß der Inhalt des Artikel 7 der türkischen Verfassung nur auf einem Irrthum beruhen könne, und beauftragte den Agenten, von dem Minister des Auswärtigen der hohen Pforte eine Erklärung zu verlangen. Das betreffende Telegramm wurde in Bukarest schon am 29. December aufgegeben, gelangte aber erst am 31. December in die Hände des rumänischen Agenten. Es ist somit kein Zweifel, daß die osmanische Regierung den Inhalt des Telegrammes bereits kannte und besprochen hatte, bevor letzteres der rumänischen Agentie zugestellt wurde. Als daher der rumänische Agent sich zu Sabjet Pascha begab, um Erklärungen über die betreffende Stelle der türkischen Verfassung zu verlangen, war dieser Minister Sr. Majestät des Sultans vollkommen vorbereitet auf die Antwort, welche er geben wollte. Diese Antwort lautete kategorisch: „Rumänien war stets und ist noch immer nichts anderes als eine türkische Provinz.“ Der rumänische Agent verfehlte nicht, den türkischen Minister auf die ersten Folgen einer solchen Erklärung aufmerksam zu machen, wenn dieselbe einmal der Regierung in Bukarest mitgetheilt worden sei. Trotzdem wiederholte Sabjet Pascha die Erklärung und blieb bei derselben, so daß die Unterhaltung schließlich den Charakter eines Streites annahm.“

Unsere neulich an dieser Stelle ausgesprochene Behauptung, daß man in der Schweiz keine große Neigung zur Beschädigung der Pariser Weltausstellung besitze, wird durch den Winterhurer „Landboten“ jetzt noch mehr bestätigt. Dieses Blatt schreibt nämlich in Bezug auf den von uns neulich erwähnten Vorschlag des „Schweiz. Centralblattes für die Textilindustrie“, für die Beschädigung jener Ausstellung anständige (nicht schutzöllnerische) Verzollung der schweizerischen Gespinnte und Gewebe zur Bedingung zu machen, wie folgt:

„Um das zu thun, braucht es mehr Muth, als unsere Industriellen und Staatsmänner durchgängig zeigen. Ihr Hauptbestreben ist ja immer darauf hingegangen, Frankreich bei guter Laune zu erhalten und alles zu vermeiden, was geeignet wäre, seiner Empfindlichkeit zu nahe zu treten. Von Seite der Schweiz wäre es mit Freuden zu begrüßen, wenn Oesterreich und Rußland dem Beispiele Deutschlands folgen und eine Bethätigung an der Ausstellung ablehnen wollten. Dann würde sie vielleicht unterbleiben oder doch verschoben werden. Einen culturgeschichtlichen oder volkswirtschaftlichen Zweck hat diese Ausstellung ohnehin nicht; sie soll vielmehr der Eigenliebe der Franzosen schmeicheln und bei ihnen den Eindruck pflanzen, daß nach wie vor die europäischen Völker nach Paris wallfahren, um Frankreich ihre Huldigung entgegen zu bringen.“

In Betreff der Arbeiten, mit welchen sich die italienische Deputirtenkammer zunächst nach ihrem Wiederzusammentritt zu befassen haben wird, theilt „Il Diritto“ Folgendes mit: „Die Gesetze, welche nach der Wiedereröffnung der Session von der Kammer zu beraten sein werden, betreffen die wesentlichen Punkte des Programms der liberalen Partei. Das Gesetz über die Reformen in der Verwaltung der Gemeinden und Provinzen wird diesen ein freieres und fruchtbareres Leben und eine sicherere und wirksamere Thätigkeit einflößen, und es wird uns in derselben Zeit den Weg zur Anwendung der Ideen einer breiten Decentralisation ebnen, mit welcher der Staat sich der Attribute, für welche er nicht competent ist, entkleidet, das eigene Prestige und die eigene Autorität, anstatt zu vermindern, wieder erheben wird; und das Gesetz über die Verantwortlichkeit der öffentlichen Beamten wird den öffentlichen Freipreien neue Garantien sichern. Das Gesetz über die Mißbräuche der Cultusbeamten wird, das Laienthum zur directen Vertheidigung seiner religiösen Interessen berufend, das Terrain für die Durchführung der mit Art. 18 des Garantengesetzes versprochenen Reformen vorbereiten. Auch wird die Kammer nicht zögern dürfen, sich mit den Steuerreformen zu befassen, welche so sehnstüchtig vom Lande verlangt werden, als diejenigen, welche die Härte des Fiskus vermindern und viele Ungerechtigkeiten aufheben machen werden, ohne daß sich darum die Ordnung in den Finanzen vermindert, ja dieselben vielmehr zu einem wirklichen und sicheren Gleichgewichte führen. Neben diesen Reformen findet jene für die Unification der Strafgesetzgebung und für die Verbesserung der commerciellen Gesetzgebung ihren Platz. Eine nicht mindere Sorgfalt werden die ersten ökonomischen Probleme, die Eisenbahnfrage, der maritime Postdienst und die Handelsverträge erheischen, und so wird die Kammer würdig die Durchführung des Programms von Stradella eingeleitet haben.“

Unter den französischen Blättern tritt jetzt namentlich die „Republique Francaise“ mit großer Entschiedenheit für die Pariser Weltausstellung von 1878 ein, die, wie es scheint, nicht allein mit auswärtigen, sondern auch mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Insbesondere wird, wie aus den Ausführungen des gambettistischen Blattes hervorgeht, von bonapartistischer Seite dem Zustandekommen oder doch wenigstens einem durchgreifenden Erfolge dieser Ausstellung entgegen gearbeitet, damit die Republik diesen Erfolg nicht für sich in Anspruch nehmen könne. „Nur ein kräftiger Aufschwung“, schließt ein Artikel des genannten Blattes, „kann die Umtriebe der reactionären Partei vereiteln. Die Ausstellung von 1878 ist nicht eine gewöhnliche Feierlichkeit. Es wird das erste Mal sein, daß unsere Republik die Arbeit der ganzen Welt bei sich empfängt, und sie muß aus diesem Kampfe siegreich hervorgehen, wie sie schon auf dem Gebiete der inneren Politik und der Finanzen gesiegt hat.“

Aus England geht uns schon jetzt die Nachricht zu, daß die Adresse in Erwiderung auf die Ehrenrede anlässlich der Eröffnung der Parlamentssession im Unterhause von Lord Salway, Mitglied für Nord-Nottinghamshire beantragt und von Mr. Toor, Mitglied von Liverpool, unterstützt werden wird.

In Belgien erhebt, wie eine Brüsseler Correspondenz der „Voss. Ztg.“ bemerkt, das Schutzöllnerthum gegenwärtig sein Haupt, indem es den Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber günstigere Einfuhrbedingungen belgischer Waaren reclamirt. Zunächst, sagt die Correspondenz, sind es die Lederwaaren-Fabrikanten und Händler, welche darauf hinweisen, daß die Clausel von der meistbegünstigten Nation für Belgien etwas ganz anderes bedeute, als für die Union mit ihren riesigen Schutzöllnen und Retorsionen. Es liegt aber wohl auf der Hand, daß man einer Waarenkategorie zu Liebe nicht ein System über den Haufen wirft.

Zwischen der spanischen Regierung und dem Vatican herrscht — wie man der „N. Fr. Pr.“ aus Rom schreibt — wegen der Ernennung des

Table with multiple columns showing market prices for various goods like wheat, flour, and oil. Includes sub-sections for 'Erste Depeche', 'Zweite Depeche', and 'Nachbörse'.

Table showing market prices for various commodities including wheat, flour, and oil, with columns for location and price.

Advertisement titled 'Bekanntmachung' (Notice) regarding an election for the Breslau City Council, dated January 11, 1877.

Table titled 'Witterungsbericht vom 11. Januar' (Weather report) showing temperature, wind, and weather conditions for various cities like Paris, London, and Berlin.

Advertisement titled 'Meinen innigsten und segenvollsten Dank' (My most heartfelt and most fruitful thanks) from a pastor, dated January 11, 1877.

Advertisement for 'Jesus Christus von Gabriel Max' (Jesus Christ by Gabriel Max), including details about the artist and the work.

Small advertisement for Amalie Kalischer, Abraham Elias, and Berlobte, located in Breslau and Hamburg.

Advertisement for Ernstine Schindler, mentioning her marriage to Friedrich Landsberger on January 10, 1877.

Advertisement for August Gomulka, mentioning a meeting of the Civil-Superintendent of the Ober-Schlesischen Eisenbahn.

Advertisement for Rudolph Fritsche, mentioning his 40th birthday and his profession as a book director.

Advertisement for Christine Wilhelmine Warmbrunn, mentioning her 76th birthday and her family.

Advertisement for Herr Karl Kipping, mentioning his 33rd birthday and his profession as a railway official.

Advertisement for Thalla-Theater, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Familien-Nachrichten (Family News), mentioning various family members and their locations.

Advertisement for 'Hakländer's Deutsche Romanbibliothek' (Hakländer's German Novel Library), published by Eduard Hallberger in Stuttgart.

Advertisement for Stadt-Theater (City Theater), mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Circus Renz, mentioning a performance on January 12, 1877, featuring 'Montana' and 'Die Post mit 12 dressirten Ponny's'.

Advertisement for Restaurant E. Schifftan, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Bekannmachung (Notice) regarding railway matters, dated January 11, 1877.

Advertisement for Liebhich's Etablissement, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Zelt-Garten (Tent Garden) Concert, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Castan's Panopticon, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Humboldt-Verein (Humboldt Association), mentioning a meeting on January 12, 1877.

Advertisement for Unterrichts-Offerte (Educational Offer), mentioning a meeting on January 12, 1877.

Advertisement for Mathilde Dierks, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for C. F. Hientzsch, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Victoria-Theater, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Desterreicher! Ungarn! (Dessau! Hungary!), mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Schlaraffia, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for O. S. erwarte Brief (O.S., expect a letter), mentioning a meeting on January 12, 1877.

Advertisement for Eberhard & Müller, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for Dr. D. Hönig, mentioning a performance on January 12, 1877.

Advertisement for künstliche Zähne (artificial teeth), mentioning a performance on January 12, 1877.

